

Amtsgericht Dorsten
Postfach 109
46251 Dorsten

Hinweis: Umschlag bitte auf-
bewahren, siehe Vorblatt!

Zugestellt am
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

22.4.16

AVR 240 gen. 07.2002



Brief
und mehr

Brief und mehr GmbH & Co. KG
Eulerstr. 15
48155 Münster
MA4792 3 / P2-023 / BMM

flexibel & fair

03-001-004W-09



010192468932441 2

22.04.2016

Aus 100% Altpapier - erspart Energie, Rohstoff und Abfall

Förmliche Zustellung

Geschäftsnummer:
5 Cs-25 Js 134/15-
192/15

Bezeichnung des Schriftstücks:
Urteil v. 19.04.16, RMB

Amtsgericht Dorsten - Postfach - 46251 Dorsten
Telefon 02362/20080

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts
- ☐ Bezirks des Landgerichts
- ☒ Inlandes

Herrn
Franz-Josef Ferme
Pliesterbecker Straße 131d
46284 Dorsten

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke:

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen.
- ☐ Keine Ersatzzustellung an:
- ☐ Nicht durch Niederlegung zustellen.
- ☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen.

46284 Dorsten

Vorblatt zur Zustellungssendung

Wichtiger Hinweis:

Mit dieser Sendung werden Ihnen in gesetzlich vorgeschriebener Form die im Umschlag enthaltenen Schriftstücke förmlich zugestellt. Die förmliche Zustellung eines Schriftstücks dient dem Nachweis, dass dem Adressaten in gesetzlich vorgeschriebener Form Gelegenheit gegeben worden ist, von dem Schriftstück Kenntnis zu nehmen, und wann das geschehen ist.

Den **Tag der Zustellung** vermerkt der Zusteller auf dem Umschlag. Bitte bewahren Sie den Umschlag und dieses Vorblatt zusammen mit den darin enthaltenen Schriftstücken auf. Er dient in Zusammenhang mit diesem Vorblatt als Beleg, wenn Sie angeben müssen, welche Schriftstücke Ihnen wann zugestellt worden sind.

Wird der Zustellungsadressat oder eine zum Empfang des Schriftstücks berechtigte Person in der angegebenen Wohnung oder in den angegebenen Geschäftsräumen nicht angetroffen, kann das Schriftstück in einen zu der Wohnung oder dem Geschäftsraum gehörenden Briefkasten eingelegt werden. Mit der Einlegung gilt das Schriftstück als zugestellt.



-5- Amtsgericht Dorsten - Postfach - 46251 Dorsten

Herrn
Franz-Josef Ferme
Pliesterbecker Straße 131d
46284 Dorsten

21.04.2016

Seite 1 von 1

Aktenzeichen

5 Cs-25 Js 134/15-192/15

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter

Frau Bork

Durchwahl

02362/2008-54

Sehr geehrter Herr Ferme,

in der Strafsache

gegen Ferme

wird gebeten, von anliegendem Schriftsatz Kenntnis zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Bork

Justizbeschäftigte

- automatisiert erstellt, ohne Unterschrift gültig -

Anschrift

Alter Postweg 36

46282 Dorsten

Sprechzeiten

Besuchszeiten Mo. - Fr. 8.00 -

12.00 Uhr, Di. 14.00 - 15.00

Uhr,

Sprechzeiten (telef.) Mo. - Fr.

08.00 - 12.00 Uhr, Di 14.00 -

15.00 Uhr

Telefon

02362/20080

Telefax:

02362/200851

Nachbriefkasten: Alter

Postweg 36, 46282 Dorsten

Konten der Gerichtszahlstelle

Dorsten: Postbank IBAN

DE08440100460002087468

Schalterstunden: 9:00 - 12:00

Uhr



Amtsgericht Dorsten
IM NAMEN DES VOLKES
Urteil

In der Strafsache

gegen Franz-Josef Ferme,
geboren am 22. Juni 1965 in Gelsenkirchen, Bauleiter,
wohnhaft Pliesterbecker Straße 131d, 46284 Dorsten,
deutscher Staatsangehöriger, verheiratet

wegen versuchter Nötigung in 2 Fällen

hat das Amtsgericht Dorsten, Abt. 5 aufgrund der Hauptverhandlung vom
19.04.2016, an der teilgenommen haben:

Richter Papa
als Richter

JOI AAD Morling
als Vertreter der Staatsanwaltschaft Essen

Justizhauptsekretär Potthast
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

für Recht erkannt:

Der Einspruch des Angeklagten gegen den Strafbefehl des Amtsgerichts Dorsten
vom 08.12.2015 wird verworfen.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

Gründe

Der Angeklagte hat gegen den in der Urteilsformel bezeichneten Strafbefehl zwar rechtzeitig Einspruch erhoben, hat sich aber in der am heutigen Tage stattfindenden Hauptverhandlung, ungeachtet der durch die Urkunde vom 01.03.2016 Blatt 66 nachgewiesenen Ladung, ohne genügende Entschuldigung von der Hauptverhandlung entfernt und war auch nicht durch eine/n mit schriftlicher Vollmacht versehene/n Verteidiger/in vertreten.

Der erhobene Einspruch war daher nach § 412 i.V.m. § 329 I Nr. 2 StPO der Strafprozessordnung zu verwerfen.

Die Kostentragungspflicht folgt aus § 465 der Strafprozessordnung.

Papa
Richter

Ausgefertigt



Bork, Justizbeschäftigte

als Urkundsbeamter der Geschäfts-
stelle des Amtsgerichts



Rechtsmittelbelehrung (G)

I.

- 1) Sie können **innen einer Woche** nach Zustellung des Urteils die **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** beantragen, falls Sie ohne Verschulden am rechtzeitigen Erscheinen in der Hauptverhandlung verhindert waren. Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist unter Darlegung der Gründe für die Wiedereinsetzung innerhalb der angegebenen Frist bei dem Amtsgericht Dorsten anzubringen. Die Tatsachen zur Begründung des Antrags sind bei der Antragstellung oder im Verfahren über den Antrag glaubhaft zu machen.
- 2) Das gegen Sie ergangene Urteil können Sie außerdem allein oder neben dem Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand mit der **Berufung** oder mit der **Revision** anfechten.

Sofern

- Sie zu einer Geldstrafe von nicht mehr als 15 Tagessätzen verurteilt worden sind,
- im Falle einer Verwarnung die vorbehaltene Strafe nicht mehr als 15 Tagessätze beträgt,
- Sie zu einer Geldbuße verurteilt sind,

ist die Berufung nur **zulässig**, wenn das Berufungsgericht sie annimmt. Die Berufung wird angenommen, wenn sie nicht offensichtlich unbegründet ist. Es dürfte sich daher empfehlen, die Berufung zu begründen (vgl. I. 5). Die Einlegung der Berufung oder der Revision ohne Verbindung mit dem Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt als Verzicht auf die Wiedereinsetzung (§ 315 Abs. 3, § 342 Abs. 3 der Strafprozessordnung).

- 3) Die Rechtsmittel der Berufung und der Revision unterscheiden sich dadurch voneinander, dass mit der Berufung eine Nachprüfung des Urteils sowohl hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen als auch hinsichtlich der rechtlichen Beurteilung des Sachverhalts erreicht werden kann, während die Revision nur darauf gestützt werden kann, dass das Urteil auf einer Verletzung des Gesetzes beruhe. Im vorliegenden Fall kann mit der Berufung oder mit der Revision nur geltend gemacht werden, dass die Voraussetzungen für die Verwerfung Ihres Einspruchs nicht vorgelegen hätten, insbesondere dass Ihr Ausbleiben in der Hauptverhandlung genügend entschuldigt gewesen sei.
- 4) Wollen Sie das Urteil anfechten, so müssen Sie **innen einer Woche** nach Zustellung des Urteils (Rechtsmittelfrist) bei dem unter Nr. 1 genannten Gericht **zur Niederschrift der Geschäftsstelle oder schriftlich** die Erklärung abgeben, dass Sie gegen das Urteil vom 19.04.2016 Aktenzeichen 5 Cs-25 Js 134/15-192/15 Berufung bzw. Revision einlegen. Falls Sie sich nicht auf freiem Fuß befinden, können sie die Erklärungen, die sich auf das Rechtsmittel beziehen, innerhalb der genannten Fristen zu Protokoll der Geschäftsstelle des Amtsgerichts abgeben, in dessen Bezirk die Anstalt liegt, in der Sie auf behördliche Anordnung verwahrt werden. Zur Wahrung einer Frist genügt es, wenn innerhalb dieser Frist das Protokoll aufgenommen wird.
- 5) Haben Sie **Berufung** eingelegt, so steht es Ihnen frei, sie binnen zwei Wochen nach der Zustellung des Urteils zu begründen. Die Begründung ist dem Gericht schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle zu erklären.
- 6) Beachten Sie im Übrigen folgendes:
 - a) Die **öffentliche Zustellung** ist im Verfahren über eine von Ihnen eingelegte Berufung zulässig, wenn eine Zustellung nicht unter einer Anschrift möglich ist, unter der letztmals zugestellt wurde oder die Sie zuletzt angegeben haben.
 - b) Das Gericht hat Ihre Berufung ohne Verhandlung zur Sache zu **verwerfen**, wenn bei Beginn der Hauptverhandlung weder Sie noch in den Fällen, in denen dies zulässig ist, Ihre Verteidigerin/Ihr Verteidiger erschienen und Ihr Ausbleiben nicht genügend entschuldigt ist. Unter denselben Voraussetzungen kann auf eine Berufung der Staatsanwaltschaft ohne Sie verhandelt werden. Das Gericht kann auch Ihre Vorführung oder Verhaftung anordnen, wenn es die Verhandlung ohne Sie für nicht sachdienlich hält.
 - c) Hat Ihre **gesetzliche Vertreterin/Ihr gesetzlicher Vertreter** Berufung eingelegt, so lädt das Gericht auch Sie zur Hauptverhandlung vor. Es kann Sie bei Ihrem Ausbleiben zwangsweise vorführen lassen. Erscheinen Ihre gesetzliche Vertreterin/Ihr gesetzlicher Vertreter und Sie ohne genügende Entschuldigung nicht, so verwirft das Gericht die Berufung ohne Verhandlung zur Sache. Sind nur Sie ausgeblieben, so kann das Gericht ohne Sie verhandeln, wenn es Ihre Anwesenheit nicht für erforderlich hält. Das Gericht kann auch Ihre Vorführung anordnen, wenn Sie die Vorladung nicht befolgen.

II.

- 7) Haben Sie **Revision** eingelegt, so **müssen** Sie diese begründen. Hierzu gehört die Erklärung.
 - a) ob das Urteil im ganzen oder nur in bestimmten Teilen angefochten und ob beantragt wird, es ganz oder teilweise aufzuheben (Revisionsanträge), **und**
 - b) ob das Urteil wegen Verletzung des sachlichen (materiellen) Rechts oder wegen Verletzung einer Vorschrift über das Verfahren angefochten wird (Begründung); im letzten Fall müssen die Tatsachen angegeben werden, aus denen sich die Unzulässigkeit der Verwerfung Ihres Einspruchs ergeben soll.
- 8) Zur Begründung der Revision genügt eine von Ihnen unterschriebene Schrift nicht. Die Revisionsanträge und Ihre Begründung (Nr. 7) müssen vielmehr **zur Niederschrift der Geschäftsstelle** des Gerichts erklärt **oder in einer von der Verteidigerin/vom Verteidiger oder von einer Rechtsanwältin/einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift** eingereicht werden. Dies muss **binnen eines Monats** nach Ablauf der Frist zur Einlegung des Rechtsmittels (Nr. 4) geschehen.

III.

- 9) Gegen die Entscheidung über die Verpflichtung, Kosten und notwendige Auslagen zu tragen, können Sie, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,00 EUR übersteigt, bei dem unter Nummer 1 genannten Amtsgericht binnen einer Woche nach Zustellung des Urteils **schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle** die sofortige Beschwerde einlegen.

IV.

- 10) Bei schriftlichen Erklärungen genügt es zur Fristwahrung nicht, dass die Erklärung innerhalb der Frist zur Post gegeben wird. Die Frist ist vielmehr nur dann gewahrt, wenn die Erklärung vor dem Ende der Frist bei dem Gericht eingeht.
- 11) Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag, einen allgemeinen Feiertag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit dem Ablauf des nächsten Werktages.
- 12) Die schriftliche Rechtsmitteleinlegung muss in deutscher Sprache erfolgen.